



Joachim Günther

Mitglied des Deutschen Bundestages

Parlamentarischer Staatssekretär a. D.

Stellv. Vorsitzender des Sportausschusses

Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 75636

📠 (030) 227 – 76754

✉ joachim.guenther@bundestag.de

Pressemitteilung

Wie viel grünen Strom können sich unsere Bürger leisten?

Derzeit beherrscht ein Thema die deutsche Innenpolitik: Sollen die Laufzeiten für die deutschen Atomkraftwerke verlängert werden? Dazu erklärt der vogtländische FDP-Bundestagsabgeordnete Joachim Günther:

Eine Frage muss bei allen Diskussionen meines Erachtens in den Mittelpunkt gerückt werden: Wie viel grünen Strom können sich unsere Bürger tatsächlich leisten?

Bei einem Besuch der Stadtwerke Reichenbach/Vogtland, die 14.000 Strom- und 4000 Gaskunden versorgen, wurden mir folgende Zahlen vermittelt: Ein Haushalt mit einem Jahres-Stromverbrauch von 2500 Kilowattstunden mussten 2009 als Umlage für die Erneuerbaren Energien 27,75 Euro zahlen – in diesem Jahr bereits 51,18 Euro. In der Prognose für das Jahr 2011 wird mit 101,18 Euro gerechnet.

Fakt ist doch, dass wir uns den grünen Strom derzeit nur leisten können, weil es den günstigen Atom-Strom gibt. Letzterer wird derzeit mit 2 Cent pro Kilowattstunde gehandelt. Die Betreiber von Photovoltaik-Anlagen erhalten für das Einspeisen einer Kilowattstunde ins Netz – festgeschrieben auf 20 Jahre – je nachdem, wann sie die Anlagen in Betrieb genommen haben zwischen 34 und 54 Cent pro Kilowattstunde. Dazu kommt der teure Strom aus den Windkraftanlagen, der zudem hohe Netzgebühren verursacht, da die großen Windkraftanlagen im Norden stehen, die meiste Energie aber im Süden, in unseren Ballungszentren, gebraucht wird.

Aus meiner Sicht wird man ohne Atomstrom und Strom aus der Kohle auch 2018 keine bezahlbare Energie haben. Zumal man immer bedenken muss, dass jeder Arbeitsplatz im Bereich der Erneuerbaren Energien mit über 100.000 Euro pro Jahr subventioniert wird. Für mich stellt sich die Frage, ob man den notwendigen Atomstrom auch nach 2018 in Kraftwerken erzeugen will, deren Sicherheit man selbst kontrollieren kann. Oder ob man ihn aus den umliegenden Ländern hinzukaufen möchte.

(27. August 2010)